

Bewegungs-aktuell

stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen Nr. 2/2010



Die Bewegungsstiftung bringt Aktive verschiedener Bewegungen zusammen – wie hier bei einem Fachseminar im Ökozentrum in Verden.

Foto: BS

Beraten, Begleiten, Vernetzen

Wie die Bewegungsstiftung fördert und welche Erfahrungen sie dabei macht



Annett Gnass

Projektbegleiterin
und -beraterin

Seit ihrer Gründung im Jahr 2002 hat die Bewegungsstiftung über 60 Kampagnen mit mehr als 600.000 Euro gefördert. Aber Geld allein ist nicht alles. Ein wesentlicher Teil unserer Förderung besteht aus der Begleitung und Beratung der geförderten Projekte. Wie sieht eine solche Begleitung aus?

Grundsätzlich ist das Förderspektrum der Bewegungsstiftung weit gefasst – es reicht von Demokratie, Frieden und Ökologie bis hin zu sozialer Gerechtigkeit. Mit unserer Treuhandstiftung Stiftung bridge fördern wir auch Kampagnen, die sich für Bürgerrechte

wie Meinungsfreiheit und Datenschutz einsetzen. Dabei haben wir sowohl Kampagnen größerer Organisationen wie Robin Wood und Attac gefördert, als auch kleinere wie Initiativen gegen den Bau von Kohlekraftwerken oder Flüchtlingsnetzwerke.

Egal ob groß oder klein – jede Organisation profitiert von guter Beratung und einem unabhängigen Blick von außen. Deshalb treffen sich unsere Projektbegleitungsteams – bestehend aus Jochen Stay oder mir als hauptamtlichen BeraterInnen und einer StifterIn – mit jedem neuen Förderprojekt zu einem Erstgespräch. Dabei werden oft schon die Themen angesprochen, bei denen es konkreten Beratungsbedarf gibt. Das kann von der Strategieentwicklung bis zur Öffentlichkeitsarbeit, vom Fundraising bis zur Konfliktbewältigung in der Gruppe reichen. Per E-Mail, Telefon oder mit Hilfe zusätzlicher Treffen findet die weitere Begleitung statt.

Damit die Projekte offen über Schwachstellen reden können, werden alle Informationen vertraulich behandelt. In Einzelfällen können sich Förderprojekte auch ExpertInnen von außen holen – die Kosten dafür übernimmt die Stiftung.

Doch die Stiftung berät nicht nur – sie vernetzt auch. Jedes Jahr im Herbst organisieren wir für die Förderprojekte ein Fachseminar zu kampagnenrelevanten Themen wie z.B. Web 2.0 oder Umgang mit Konflikten. Diese Seminare bieten viel Raum für Austausch und gegenseitige Beratung der Projekte. Auch das Jahrestreffen der Stiftung ist ein wichtiger Ort, bei dem sich die Projekte untereinander und Projekte und StifterInnen kennenlernen.

Um aus unseren Fördererfahrungen zu lernen, haben wir die AG Evaluation eingerichtet, in der StifterInnen, VertreterInnen der Förderprojekte und BeraterInnen zusammenarbeiten. Sie hat einige Erfolgsfaktoren identifiziert: Zentral ist z.B. die strategische Ausrichtung einer Kampagne. Mit welchen Maßnahmen können Ziele erreicht werden? Sind dafür genügend Ressourcen vorhanden? Auch eine regelmäßige Überprüfung der Ziele und Strategien ist wichtig. Entscheidend ist auch das Miteinander und die Konfliktkultur in der Gruppe. Neben weiteren Faktoren wie kreativen Aktionsideen, prominenten UnterstützerInnen und guter Vernetzung gibt es einen Punkt, der häufig vernachlässigt wird – und das ist das gemeinsame Feiern von Erfolgen. Dabei ist dies die beste Methode, um den Zusammenhalt zu stärken und Kraft zu sammeln für die nächsten Herausforderungen.

Termine

Infoveranstaltung

16. Juni, 20.00 Uhr

zur Bewegungsstiftung und zum Netzwerk Wandelstiften im Gewerbehof Saarbrücker Straße 24, Berlin

Antragsschluss der Bewegungsstiftung

7. September 2010

Public Private Partnership – das trojanische Pferd der Privatisierung

Gastbeitrag von Carl Waßmuth von der Attac-Kampagne PPP-Irrweg



Wolf im Schafspelz: Aktion der Kampagne PPP Irrweg anlässlich des Treffens des PPP-Bundesverbands im November 2009 in Berlin.

Foto: Klaus Ihlau

Privatisierung ist out. Die Überführung öffentlicher Dienste und öffentlichen Eigentums in private Hände wird von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt. Public Private Partnership (PPP) gilt nach offizieller Lesart allerdings nicht als Privatisierung. Sie wird von Befürwortern als »goldener Mittelweg zwischen Staatswirtschaft und Privatwirtschaft« beworben, der angeblich besonders effiziente und nachhaltige Investitionen erlaubt. Doch was ist PPP eigentlich genau?

Bei PPP geht es um die Errichtung und Sanierung einer öffentlichen Infrastruktur und den anschließenden Betrieb über eine lange Laufzeit, meist über 25 Jahre oder mehr. Wurden bisher nur der Bau und Teile der Planung an Private vergeben, gehen bei PPP die komplette Planung, Finanzierung, Betrieb und Verwertung an einen einzelnen Privaten. Damit werden alle zukünftigen Aufträge der betroffenen öffentlichen Institution für die kommenden 25 Jahre verkauft, und zwar auf einen Schlag. Allein die Risiken und der Auftrag zur Daseinsvorsorge bleiben. Und natürlich die Verpflichtung, den Privaten über die ganze Laufzeit für die Nutzung der durch PPP finanzierten Infrastruktur zu bezahlen.

Darüber hinaus ist PPP ein Angriff auf die demokratische Mitbestimmung. PPP-Verträge und die zugehörigen Verhandlungen und Gutachten sind prinzipiell geheim. Mit der Unterzeichnung eines PPP-Vertrags verkauft ein Bürgermeister die demokratische Mitbestimmung seiner Bürger für den betroffenen Bereich der Daseinsvorsorge.

Warum lässt sich die öffentliche Hand auf so etwas ein? Weil viele Kommunen so hoch verschuldet sind, dass sie in der Zusammenarbeit mit privaten Investoren die einzige Möglichkeit sehen, ihre Infrastruktur zu erhalten. In Wirklichkeit investieren die Privaten gar nichts. Sie nehmen nur anstelle der öffentlichen Hand Kredite auf, die sie sich

dann über die Miete zurückzahlen lassen. Drei weitere Punkte machen PPP-Projekte gefährlich: Zum einen werden Kürzungen wegen Schlecht- oder Minderleistungen ein für allemal ausgeschlossen. Zum zweiten ist die Zahlungsverpflichtung zwar bindend, aber dennoch derzeit formal kein Kredit. PPP ist somit die Lizenz zum Schattenhaushalt. Und last but not least kommt PPP die öffentliche Hand deutlich teurer zu stehen als die bisherige Vergabe. Saniert eine Kommune eine Schule per PPP, werden nicht selten die Mittel für zwei andere Schulen gleich mit ausgegeben.

Ein prominentes Beispiel für PPP und den taktischen Umgang mit dem Begriff ist die Elbphilharmonie in Hamburg. Vor Baubeginn wurde deren Status als PPP-Projekt besonders betont. Nachdem das Projekt exorbitante Kostensteigerungen und gravierende Bau- und Sicherheitsmängel hervorgebracht hat, ist eher allgemein von einem Bauskandal die Rede.

Diesem Skandal werden weitere folgen. Denn die eigentliche Privatisierungswelle steht noch bevor: Infolge der kommunalen Schuldenkrise stehen viele Kommunen mit dem Rücken zu Wand. Die neue Schuldenbremse verschärft die Situation. Dazu kommt das nach der NRW-Wahl angekündigte Sparregime: Die Rettungsschirme für Banken 2008 und für den Euro bzw. für Griechenland 2010 sollen auch durch Privatisierungserlöse kompensiert werden. Gleichzeitig drängen Immobilien-Fonds und Hedge-Fonds massiv in den durch PPP neu gebildeten Infrastrukturmarkt. Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge droht, Basis und zugleich Opfer der nächsten Spekulationsblase zu werden.

Aktionstage

Mittlerweile regt sich gegen PPP eine Menge Widerstand. Vielfach lokal, aber zunehmend auch vernetzt. Unter dem Motto »Offenlegung der Verträge jetzt!« organisiert PPP-Irrweg

vom 11. Juni bis zum 30. Juni bundesweite Aktionstage.

Machen Sie mit!

Hier finden Sie Informationen:
www.ppp-irrweg.de

Ein Wissenschaftler, der Position bezieht für soziale Bewegungen

Zum Abschied von Dieter Rucht aus dem Stiftungsrat der Bewegungsstiftung



Dieter Rucht hat sein Wissen über soziale Bewegungen bei vielen Gelegenheiten eingebracht – bei stiftungsinternen Diskussionen und durch seine langjährige Mitarbeit im Stiftungsrat (rechtes Bild).

Fotos: BS, Kai Horstmann

Acht Jahre lang war Dieter Rucht Mitglied des Stiftungsrates der Bewegungsstiftung. Vor einigen Wochen hat er dieses Amt an Felix Kolb weitergegeben. Die Bewegungsstiftung hat ihm viel zu verdanken. Ein Blick auf die Amtszeit eines Wissenschaftlers, der sich sozialen Bewegungen verschrieben hat.



Jörg Rohwedder

Geschäftsführer der
Bewegungsstiftung

Am Anfang der Bewegungsstiftung stand lediglich die Idee – einen Nachweis über die Wirksamkeit konnte es naturgemäß noch nicht geben. Wir haben den Bewegungsforscher Prof. Dr. Dieter Rucht trotzdem für die Idee gewinnen können. Er war als Doktorvater von Felix Kolb mit einem Gründungstifter persönlich verbunden.

Für die Gründungsversammlung am 2. März 2002 im Haus der Demokratie in Berlin hatten wir Dieter Rucht, der am Wissenschaftszentrum Berlin forscht, ein Thema für 45 Minuten Vortrag vorgegeben, wie es ihm so gar nicht behagte: Anstöße für den Wandel – Soziale

Bewegungen im 21. Jahrhundert. So hob er an und las uns die Leviten, warum dieses Thema zu groß und die Formulierung unglücklich pointiert sei. Es folgte dann ein schlüssiger und bündiger Vortrag darüber, was Bewegungen zu leisten vermögen. Er sprach von den üblichen Problemen, die auftreten, aber auch von den außerordentlichen Erfolgen, die Bewegungen haben können. Sein Vortrag endete mit der Mahnung, Bewegungen seien nicht steuerbar und es gäbe kein Rezept, nach dem sie alle gleichermaßen funktionierten.

Mahner, Förderer, Analytiker – der Vortrag spiegelt sehr gut wider, wie wir Dieter Rucht in seiner Zeit als Stiftungsrat erleben durften. Da ist diese skeptisch-mahnende Seite, mit der er seine Bedenken einbringt und die doppelt hilfreich ist. Sie hilft, eine gute Idee noch besser zu machen und sie motiviert nach dem Motto: »Dem zeigen wir, dass es geht«.

Und da ist auf der anderen Seite der Förderer Dieter Rucht. Er hat sein profundes Wissen aus lebenslanger Forschungsarbeit rund um soziale Bewegungen in alle wichtigen Entscheidungen eingebracht. Und seine vermittelnde Art hat in so manch verfahrenreicher Situation im Stiftungsrat noch zu einer konstruktiven Lösung geführt.

Und da ist zuletzt der Analytiker: Als Wissenschaftler ist er in der Lage von außen und mit Distanz auf das Geschehen zu blicken. Gleichzeitig bezieht Dieter Rucht immer wieder Position für soziale Bewegungen. Seit 2006 ist er Stifter der Bewegungsstiftung. Als Dokumentarfilmer portraitiert er in diesen Monaten BewegungsarbeiterInnen, Stifter und Aktive in ihrer Arbeit. Darüber hinaus gehört er zusammen mit einem weiteren ehemaligen Mitglied des Stiftungsrates, Eckart Spoo, zum Initiativkreis der Tagung »Öffentlichkeit und Demokratie«, die im Oktober 2010 in Berlin stattfindet – eine Idee, die bereits in ihrer Entstehung in der Stiftung diskutiert wurde.

Wir danken Dieter Rucht ganz herzlich für seine Mitarbeit und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.

»Mir gefällt, dass die StifterInnen selbst aktiv sind«

StifterInnen im Gespräch: Silke Freitag



Silke Freitag ist Mediatorin und Trainerin für gewaltfreie Aktion und engagiert sich im Netzwerk Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung.

Foto: Privat

Was hat Dich überzeugt, Stifterin der Bewegungsstiftung zu werden?

»Die Würde des Menschen ist antastbar geworden. Deshalb braucht es soziale Bewegungen, die die Ursachen bekämpft und nicht nur Symptome lindert. Von der Stiftung habe ich erfahren, weil ich den Geschäftsführer Jörg Rohwedder kenne. Als ich von meinen Großeltern in ihrem Erbe bedacht wurde, war klar, dass ich dieses Geld in die Bewegung einbringen würde.«

Bist Du selbst politisch aktiv?

»Ich komme ursprünglich aus der Menschenrechts- und Friedensbewegung und engagiere mich seit Jahren in der Anti-AKW-Bewegung – aktuell vor allem bei »x-tausendmal quer« in der Vorbereitung der großen Sitzblockade vor

dem Zwischenlager in Gorleben während des Castortransports im November. Ehrlich gesagt gibt es so viel strukturelle Gewalt, dass es mir immer wieder schwer fällt, mich zu entscheiden, ob ich mich jetzt für Flüchtlinge, gegen Gentechnik in der Landwirtschaft oder für mehr Demokratie einsetzen soll. Deshalb engagiere ich mich auch als Trainerin und Moderatorin im Netzwerk ZUGABE. Die Abkürzung steht für Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung. Damit unterstütze ich ganz unterschiedliche Initiativen.«

Was gefällt Dir besonders an der Bewegungsstiftung?

»Mir gefällt, dass die StifterInnen nicht nur Geld geben, sondern selbst aktiv sind. Während der Castorproteste 2008 habe ich in einer ruhigen Minute auf einem Strohhalm gesessen, meinen Tee getrunken und den

Blick schweifen lassen: Ich war in diesem Gewusel von mindestens zehn StifterInnen, unzähligen VertreterInnen vieler Förderprojekte, mehreren BewegungsarbeiterInnen und einigen Hauptamtlichen der Stiftung umgeben.«

Du engagierst Dich auch in der Projektbegleitung und der AG Evaluation der Stiftung – warum?

»Mir macht das einfach Spaß! Ich schätze die Leute, die ich in diesen Gremien treffe, menschlich und fachlich sehr. Außerdem habe ich den Eindruck, an dieser Stelle am besten Visionen für die Zukunft der Stiftung entwickeln zu können.«

Wie sieht Dein Leben abseits der Stiftung aus?

»Ich bin Mediatorin, Supervisorin und Trainerin für gewaltfreie Aktion. Ansonsten lebe ich mit dem Vater meiner beiden Kinder den Traum der gleichberechtigten Elternschaft. Ich engagiere mich im Schulvorstand unserer kleinen Dorfschule und versuche einfach, mich dem kleinen Unrecht im Alltag entgegen zu stellen und andere zu motivieren, das gleiche zu tun.«

Hast Du dafür ein Beispiel?

»Wir haben mal mit fast allen Eltern des Kindergartens den PolitikerInnen im Stadtrat einen Besuch abgestattet, um zu verhindern, dass eine Erzieherin zwangsversetzt wird. Dabei waren Menschen, die noch nie öffentlich zu irgendetwas nein gesagt haben und die Angst hatten, sie könnten schon für so einen winzigen Akt des zivilen Ungehorsams ins Gefängnis kommen. Heute sagen sie: Hey, wenn die Stadt unsere stinkende Schule nicht auf Schimmel untersucht, dann gehen wir eben zum Bürgermeister und erzählen ihm mal, was wir davon halten!«

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe** Annett Gnass, Jörg Rohwedder, Carl-Friedrich Waßmuth **Verantwortlich** Wiebke Johannning, johannning@bewegungsstiftung.de **Kontakt** Telefon 04231 - 95 75 40, Fax 04231 - 95 75 41 info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e. G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Anstöße für soziale Bewegungen – neue Förderprojekte



Sie kämpfen für den Klimaschutz und wollen neue MitstreiterInnen gewinnen: Junge AktivistInnen, die das NRW-Klimacamp 2010 vorbereiten.

Foto: Ulrich Wevers



Die Discounterkampagne macht Druck auf Lidl und Co.

Foto: Discounterkampagne

Kampagnenförderung

NRW-Klimacamp 2010

Im August 2010 wird die BUNDjugend NRW ein Klimacamp am Rande des Braunkohleleagebaus »Garzweiler II« veranstalten. Junge Menschen aus ganz NRW werden sich dort und bei einer Reihe nachfolgender Aktionen mit Klimawandel auseinandersetzen und gegen die an dieser Stelle sichtbare klimafeindliche Politik protestieren. Vorbild für das geplante Camp ist die Klimacamp-Bewegung in Großbritannien. Die AktivistInnen wollen den Kampf gegen den Klimawandel in die eigene Hand nehmen – mit gewaltfreien Protestaktionen.

NRW ist ein guter Ort für ein Klimacamp. Das Bundesland ist mit unzähligen Kohlekraftwerken ein Spitzenreiter beim CO₂-Ausstoß und in klimafeindlicher Landespolitik. Das zeigt der Skandal um das so genannte Lex Eon: Um das gerichtlich gestoppte Eon-Kohlekraftwerk in Datteln zu stoppen, ließ die schwarz-gelbe Landesregierung sämtliche Klimaschutzvorgaben im Landesentwicklungsgesetz streichen.

Kein Wunder, dass unter diesen Umständen ein geplantes Klimacamp schon vor Beginn zum Politikum wird. Eine bereits gegebene Förderzusage strich die Landesregierung wieder. Dagegen hat die BUNDjugend Klage eingereicht. Damit das Camp auf jeden Fall stattfinden kann, vergeben wir ein Darlehen mit Ausfallbürgschaft in Höhe von 8.000 Euro. Sollte die Klage erfolgreich sein, wird die BUNDjugend das Geld zurückzahlen, wenn nicht, verwandelt sich die Summe in eine Förderung.

www.klimacamp2010.de

Basisförderung

Discounterkampagne

Die Discounterkampagne der Kampagne für saubere Kleidung ist neues Basisförderprojekt der Bewegungsstiftung. Sie erhält in den nächsten drei Jahren eine Förderung von 45.000 Euro. Die Initiative kämpft gegen die Niedrigpreispolitik von Discountern wie Lidl, Aldi oder Kik. Denn diese sorgen durch ihre aggressiven

Geschäftspraktiken für Niedriglöhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen in den eigenen Filialen und in Textil-Zulieferländern wie China oder Bangladesch. Die Kampagne macht mit Protestaktionen und intensiver Pressearbeit auf diesen Skandal aufmerksam.

Vor kurzem haben die AktivistInnen einen ersten Etappensieg gegen Lidl errungen. Der Konzern hatte in seinen Prospekten behauptet, sich weltweit für faire Löhne und die Einhaltung von Arbeitsrechten einzusetzen. Gegen diese irreführende Werbung hatte die Verbraucherzentrale Hamburg, unterstützt von der Discounterkampagne, Klage eingereicht.

Nachdem die Medien ausführlich über die Klage berichteten, hat Lidl sich in einer Unterlassungserklärung verpflichtet, die Werbung zurückzuziehen. Doch die Discounterkampagne will nicht darauf warten, dass die Discounter ihre Geschäftspolitik freiwillig ändern. Sie bleibt weiter am Ball und fordert von der Bundesregierung einen Beschluss, der Unternehmen verpflichtet, Sozialstandards in der Lieferkette einzuhalten.

www.saubere-kleidung.de

Erfolgs- spot

Förderprojekte

Kampagne macht
Frauenhäuser zum
Wahlkampfthema



Münster, Krefeld, Rheine, Paderborn: Frauen aus ganz NRW kamen im März zur Demo vor dem Landtag zusammen.

Foto: LAG

Ein Meer von Regenbögen hatte sich im März vor dem NRW-Landtag in Düsseldorf versammelt. Rund 500 Frauen demonstrierten mit Pappschildern, auf denen das hoffnungsvolle Symbol über einer dunklen Wolke prangte, für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser in NRW.

Die Aktion war der bisherige Höhepunkt der Kampagne »Schwere Wege leicht machen«, die von der Bewegungsstiftung seit November 2009 mit 6.000 Euro unterstützt wird. Ins Leben gerufen wurde die Kampagne von der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser und den Wohlfahrtsverbänden, die damit einen Skandal aufgreifen.

Denn obwohl in NRW jedes Jahr 10.000 Frauen und Kinder in den 62 Frauenhäusern Zuflucht suchen, steht deren Finanzierung auf wackeligen Füßen. Der Schutz von Frauen und ihren Kindern, die vor Schlägen, Vergewaltigung oder Misshandlungen flüchten müssen, ist in NRW abhängig von politischen Mehrheiten und der Haushaltslage. So hat das Land im Jahr 2006 seine Zuschüsse an die Frauenhäuser um 30 Prozent gekürzt. In der Folge mussten die Frauenhäuser drastisch Plätze reduzieren. Außerdem ist in den meisten NRW-Kommunen die Finanzierung der Frauenhäuser an den

Einzelfall geknüpft. Dies bedeutet: Betroffene Frauen müssen einen Anspruch auf Sozialleistungen haben, sonst wird ihnen kein Platz im Frauenhaus finanziert. Frauen mit eigenem Einkommen müssen sich verschulden oder geraten in Abhängigkeit von Sozialleistungen. Bei unklarem Anspruch auf Sozialleistungen gibt es oft jahrelange Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Frauenhaus und der zuständigen Behörde oder den Städten und Kommunen untereinander. Häufig bleiben die Frauenhäuser auf ihren Kosten sitzen.

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Schleswig-Holstein. Dort zahlen Land und Kommunen in einen Fonds, der für alle bedürftigen Frauen Hilfe sicherstellt und die Überschuldung der Frauenhäuser verhindert. Um eine solche sichere Finanzierung zu erstreiten, hat die Kampagne »Schwere Wege leicht machen« die Frauenhäuser zu einem Thema im NRW-Landtagswahlkampf gemacht. Sie

organisierte nicht nur die Demo vor dem Landtag, sondern auch Pressekonferenzen und regionale Aktionen über ganz NRW verteilt. Zeitungen, Radio und Fernsehen berichteten ausführlich über die Situation der Frauenhäuser. Die WDR-Sendung frau TV rief zu Spenden auf und Moderatorin Lisa Ortgies wurde prominente Unterstützerin der Kampagne. Viele BürgerInnen schlossen sich ihr an – mittlerweile hat die Kampagne über 30.000 Unterschriften gesammelt. Und die Politik? Auch sie hat zu dem Thema Stellung bezogen. Während CDU und FDP in NRW keine Chancen für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser sehen, haben SPD und Grüne versprochen, im Fall eines Wahlsieges für Besserung zu sorgen. Wer zukünftig in NRW regieren wird, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Doch auf jeden Fall soll die Politik an ihr Versprechen erinnert werden. Anfang Juli will die Kampagne die gesammelten Unterschriften an die neue Landesregierung übergeben.

Ihre Stimme fehlt noch?

Dann können Sie hier unterschreiben:
www.schwerewegeleichtmachen.de



Anti-Atom-Proteste in Hamburg, Biblis und Ahaus

Fast 150.000 Menschen haben am 24. April mit einer 120 Kilometer langen Menschenkette in Norddeutschland und mit Protesten in Biblis und Ahaus ein spektakuläres Zeichen gesetzt: Atomkraft abschalten! Auch die Bewegungsstiftung hat sich mit einer Gruppe von StifterInnen an der Kette beteiligt. Organisiert wurde die Aktion von einem Bündnis, dem unsere Förderprojekte »ausgestrahlt« und Campact angehören. Und die AtomgegnerInnen bereiten schon die nächsten Proteste vor. Denn die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen gewaltig unter Druck geraten. Fieberhaft sucht sie nach Wegen, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten am Bundesrat vorbei durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass der Protest weitergeht. **Machen Sie mit!** Hier finden Sie die nötigen Infos. www.ausgestrahlt.de, www.campact.de

Foto: Josh Feitelson/PuBlIXviewinG